

Volksabstimmung vom 26. September : klar und deutlich: fünfmal Ja

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **20 (1993)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910336>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Volksabstimmung vom 26. September

Klar und deutlich: fünfmal Ja

Die fünf Vorlagen der Eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. September wurden alle mit grossen und eindeutigen Mehrheiten angenommen (siehe Kasten). Die Stimmbeteiligung lag dabei deutlich unter denjenigen der letzten Abstimmungen.

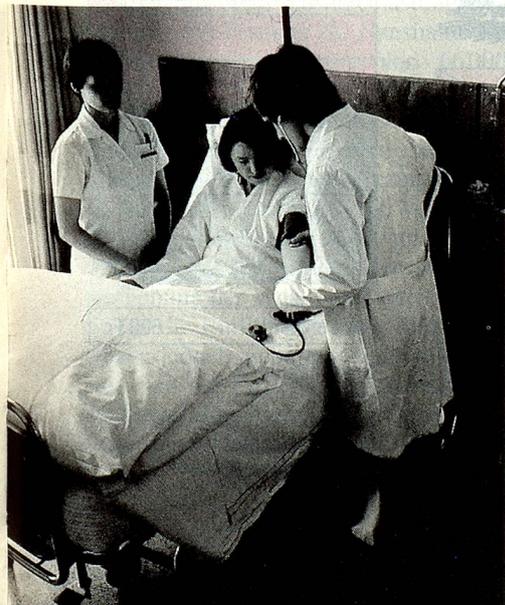
Presseschau

Die Genfer Tageszeitung «**La Suisse**» unterstreicht die ausserordentliche Klarheit der Abstimmungsergebnisse: «Das Volk hat mit ungewöhnlicher Deutlichkeit abgestimmt. Dies ist die erste Überraschung bei diesem Urnengang. Die zweite Überraschung ist die völlig regierungstreue Haltung eines kritischen Volkes, das sich sonst kaum beeindrucken lässt von den Abstimmungsempfehlungen der höchsten politischen Behörde.»

«In der Schweiz hat noch selten soviel Einigkeit und Einmütigkeit mit dem Bundesrat geherrscht. Endlich ein Abstimmungswochenende ohne Graben und ohne drohende Spaltung der nationalen Einheit», schreibt «**24 Heures**» aus Lausanne.

«**Il Giornale del Popolo**», katholische Tageszeitung aus Lugano, meint: «Was den Waffenhandel angeht, kann

Nach der Annahme des dringlichen bundesbeschlusses im Bereich der Krankenversicherung müssen sich Patienten neu an den Spalkosten beteiligen. (Foto: Keystone)



sich die Eidgenossenschaft endlich Gesetze geben, die für das ganze Land gelten. Dies ist das einzige adäquate Instrument, um Missbräuche zu bekämpfen sowie Händlern und Söldnern das Handwerk zu legen, ohne dabei die lieb gewonnenen Traditionen der Nachfahren Wilhelm Tells in Frage zu stellen.»

Die «**Berner Tagwacht**» bemerkt, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Sozialdemokratische Partei, welche die dringlichen Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung bekämpft hatten, die erhofften 40 Prozent Ja-Stimmen bei weitem nicht erreicht hätten. Weiter meint das sozialistische Blatt: «Immerhin noch erfreulich am eindeutigen Resultat: die Niederlage des SGB ist auch eine Niederlage der Arbeitgeber. Diese können jetzt überhaupt nicht darauf pochen, dass das Volk bei der Arbeitslosenversicherung schärfere Restriktionen in ihrem Sinne wünscht; denn was die Arbeitgeber an Nein-Stimmen beigebracht haben dürften, ist offensichtlich vernachlässigbar.»

Kommentar

Das Schweizervolk hat den Protestlern einen K.o.-Schlag versetzt: Der Linken und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist es in ihrem Kampf gegen den Leistungsabbau bei 45000 Arbeitslosen ohne Familienpflichten nicht einmal gelungen, 30 Prozent der Stimmmenden zu gewinnen. Gar weniger als einer von fünf Stimmbürgern sprach sich gegen eine Spaltaxe von 10 Franken pro Tag aus, auch wenn diese Massnahme anfänglich sogar vom Bundesrat bekämpft worden war. Eine noch deutlichere Niederlage mussten die fanatischen unter den Liberalen in Sachen Waffenhandel einstecken, denn der Anteil der Ja-Stimmen für eine Missbrauchsbekämpfung auf eidgenössischer Ebene lag bei 86 Prozent.

Die Gründe für diesen K.o.-Schlag sind im Fehlen von glaubwürdigen Alternativen zu suchen. Ein Nein zum Lei-

Abstimmungsergebnisse

Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch

JA 1 539 594 (86,3%) - Alle Kantone
NEIN 245 114 (13,7%)

Kantonswechsel des Laufentals

JA 1 189 208 (75,2%) - Alle Kantone
NEIN 393 263 (24,8%)

1.-August-Initiative

JA 1 490 564 (83,8%) - Alle Kantone
NEIN 289 041 (16,2%)

Dringlicher Bundesbeschluss in der Krankenversicherung

JA 1 414 543 (80,6%) - Alle Kantone
NEIN 342 521 (19,4%)

Dringlicher Bundesbeschluss in der Arbeitslosenversicherung

JA 1 224 493 (70,4%) - Alle Kantone
NEIN 515 010 (29,6%)

Stimmbeteiligung: ca. 39%

Das «**Aargauer Tagblatt**» kommentiert den Wechsel des Berner Amtsbezirks Laufental zum Kanton Basel-Land wie folgt: «Offensichtlich fanden die Schweizerinnen und Schweizer grossmehrheitlich, hinter die «unendliche Geschichte» der Laufentaler Kantonszugehörigkeit müsse nun doch ein Schlusspunkt gesetzt werden. Wohl aus der begründeten Meinung heraus, inzwischen seien sämtliche demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden.»

PAT

stungsabbau bei einem Teil der Arbeitslosen – wie es die Linke und die Gewerkschaften empfohlen hatten – wäre auch einem Nein zu den Massnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit gleichgekommen. Wer die Spaltaxe ablehnte, verwarf gleichzeitig auch die Prämienbegrenzung. Den Verfassungsartikel über den Waffenmissbrauch abzulehnen, hätte eine Zustimmung zum aktuellen Laisser-faire bedeutet. Und das Ja zum Kantonswechsel des Laufentals ist mit einem Akt der Anerkennung gleichzusetzen.

Wenn die Protestler – aus welchem Lager auch immer – sich Gehör verschaffen wollen, müssen sie neue Lösungen vorschlagen und Fantasie an den Tag legen. Dabei könnten ihnen die Schweizer Demokraten als Vorbild dienen: Deren Initiative zum arbeitsfreien 1. August hat nämlich mehr als 80 Prozent Ja-Stimmen erhalten. Auch wenn sie mit Protest überhaupt nichts mehr zu tun hat.

Pierre-André Tschanz